

Satzung der Veterinärmedizinischen Universität Wien

Satzungsteil 2: Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Senats

Inhalt

| | |
|---|----|
| § 1. Geltungsbereich | 3 |
| § 2. Wahlgrundsätze | 3 |
| § 3. Aktives und passives Wahlrecht | 3 |
| § 4. Wahlkommissionen | 3 |
| § 5. Wahlkundmachung..... | 4 |
| § 6. Wählerinnen- und Wählerverzeichnis | 5 |
| § 7. Wahlvorschläge..... | 5 |
| § 7a. Briefwahl..... | 6 |
| § 8. Durchführung der Wahl | 8 |
| § 9. Ermittlung des Wahlergebnisses..... | 9 |
| § 10. Erlöschen der Mitgliedschaft | 10 |
| § 11. Vertretung; Nachrücken von Ersatzmitgliedern | 10 |
| § 12. Funktionsperiode; Konstituierung des neuen Senats | 11 |
| § 13. Entsendung von Mitgliedern in Unterkommissionen des Senats..... | 11 |

§ 1. Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahl der Mitglieder des Senats.

(2) Soweit die gesetzliche Vertretung der Studierenden gemäß den Bestimmungen des Hochschulinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes – HSG 2014 - i.d.g.F. Entsendungsrechte in Kollegialorgane wahrzunehmen hat, ist diese Wahlordnung nicht anzuwenden.

§ 2. Wahlgrundsätze

(1) Die Mitglieder der im Senat vertretenen Personengruppen mit Ausnahme der Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden sind auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechts nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts zu wählen.

(2) Der Senat kann die Einführung der Briefwahl für alle oder einzelne der in § 4 Abs. 1 Ziffer 1. – 3. genannten Personengruppen beschließen.

§ 3. Aktives und passives Wahlrecht

Das aktive und passive Wahlrecht steht allen Personen zu, die am Stichtag den in § 25 Absatz 3 Universitätsgesetz 2002 genannten Personengruppen angehören. Als der für das aktive und passive Wahlrecht maßgebliche Stichtag wird der Tag der Ausschreibung der Wahl im Mitteilungsblatt festgesetzt.

§ 4. Wahlkommissionen

(1) Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen obliegen den Wahlkommissionen. Die Wahlkommissionen bestehen aus je drei Mitgliedern, die von den Mitgliedern der jeweiligen Personengruppe im Senat bestellt werden.

Es besteht je eine Wahlkommission für folgende Personengruppen:

1. die Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren und Leiterinnen und Leitern von Organisationseinheiten mit Forschungs- und Lehraufgaben gemäß § 20 (5) UG 2002;
2. die Universitätsdozentinnen und Universitätsdozenten und die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forschungs- und Lehrbetrieb;
3. das allgemeine Universitätspersonal.

(2) Die Wahlkommission ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder persönlich anwesend ist. Beschlüsse der Wahlkommission werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Ist die Wahlkommission nicht beschlussfähig, entscheidet die oder der jeweilige Vorsitzende für die Wahlkommission. Sie oder er hat in der nächsten Sitzung der Wahlkommission darüber zu berichten.

(3) Die oder der Vorsitzende hat die Wahlkommission nach Kenntnis jedes Sachverhaltes, der eine Entscheidung der Wahlkommission erfordert, unverzüglich mündlich oder schriftlich zu einer Sitzung einzuberufen. Diese Sitzung der Wahlkommission hat frühestens zwei Tage, spätestens sieben Tage nach der Einberufung stattzufinden. Die Einberufung zu einer Sitzung der Wahlkommission kann auch bereits in der vorhergehenden Sitzung erfolgen. Dabei nicht anwesende Mitglieder sind von einer derartigen Einberufung unverzüglich zu verständigen.

§ 5. Wahlkundmachung

Die Ausschreibung der Wahlen ist im Mitteilungsblatt der Universität spätestens neun Wochen vor dem Wahltag kundzumachen. Die Ausschreibung hat zu enthalten:

1. den Tag, den Ort und die Zeit der Wahl;
2. den Stichtag für das Bestehen des aktiven und passiven Wahlrechts (§ 3);
3. die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter;
4. den Zeitraum und den Ort für die Einsichtnahme in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis sowie für die Erhebung eines Einspruchs gegen das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis (§ 6);
5. die Aufforderung, dass Wahlvorschläge einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen haben und dass sie spätestens sieben Wochen vor dem Wahltag schriftlich bei der oder dem Vorsitzenden der Wahlkommission eingelangt sein müssen, widrigenfalls sie nicht berücksichtigt werden können (§ 7);
6. die Bestimmung, dass die Erstellung der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter der Personengruppen im Senat so zu erfolgen hat, dass mindestens 50 v.H. Frauen an wählbarer Stelle zu reihen sind. Dies gilt auch für die zu wählenden Ersatzmitglieder. Bei einer ungeraden Anzahl von Mitgliedern erfolgt die Berechnung, indem die Anzahl der Mitglieder rechnerisch um ein Mitglied zu reduzieren ist und der erforderliche Frauenanteil von dieser Anzahl zu bestimmen ist (20a (4) UG).
7. den Zeitraum und den Ort für die Einsichtnahme in die zugelassenen Wahlvorschläge (§ 7 Abs. 7);
8. die Vorschrift, dass Stimmen gültig nur für zugelassene Wahlvorschläge abgegeben werden können (§ 8).
9. allfällige Durchführungsbestimmungen zur Briefwahl.

§ 6. Wählerinnen- und Wählerverzeichnis

Die Verwaltung der Universität hat der oder dem Vorsitzenden der Wahlkommission spätestens drei Arbeitstage nach der Ausschreibung der Wahl ein Verzeichnis der am Stichtag aktiv und passiv Wahlberechtigten zur Verfügung zu stellen. Das von der oder dem Vorsitzenden überprüfte Wählerinnen- und Wählerverzeichnis ist eine Woche lang zur Einsichtnahme durch die Wahlberechtigten aufzulegen. Während dieser Auflagefrist kann gegen das Verzeichnis schriftlich bei der oder dem jeweiligen Vorsitzenden Einspruch erhoben werden. Darüber ist von der Wahlkommission längstens zwei Arbeitstage nach Ende der Auflagefrist zu entscheiden. Die Entscheidung der Wahlkommission ist endgültig.

§ 7. Wahlvorschläge

(1) Jede und jeder Wahlberechtigte kann Wahlvorschläge einbringen. Diese müssen spätestens sieben Wochen vor dem Wahltag schriftlich bei der oder dem Vorsitzenden der Wahlkommission eingelangt sein und eine Zustellungsbevollmächtigte oder einen Zustellungsbevollmächtigten benennen. Ist kein Zustellungsbevollmächtigter benannt, gilt die an erster Stelle stehende Wahlwerberin oder der an erste Stelle stehende Wahlwerber als Zustellungsbevollmächtigter. Jeder Wahlvorschlag für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter nach § 4 Abs. 1 Z 2 hat zumindest zwei Personen mit Lehrbefugnis (*venia docendi*) zu enthalten.

(2) Die Erstellung der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter der Personengruppen im Senat hat so zu erfolgen hat, dass mindestens 50 vH Frauen an wählbarer Stelle zu reihen sind. Dies gilt auch für die zu wählenden Ersatzmitglieder. Bei einer ungeraden Anzahl von Mitgliedern erfolgt die Berechnung, indem die Anzahl der Mitglieder rechnerisch um ein Mitglied zu reduzieren ist und der erforderliche Frauenanteil von dieser Anzahl zu bestimmen ist (20a (4) UG).

(3) Jedem Wahlvorschlag muss die schriftliche Zustimmungserklärung aller darauf angeführten Wahlwerberinnen und Wahlwerber beigefügt sein.

(4) Die Kandidatur auf mehr als einem Wahlvorschlag ist unzulässig. Eine mehrfach angeführte Person ist von der Wahlkommission aus allen Wahlvorschlägen zu streichen. Wahlwerberinnen und Wahlwerber, denen die Wählbarkeit fehlt, sind ebenso aus dem Wahlvorschlag zu streichen.

(5) Die Wahlkommission hat die eingebrachten Wahlvorschläge unverzüglich zu prüfen und vorhandene Bedenken spätestens zwei Arbeitstage nach Ablauf der Einreichfrist des Wahlvorschlages der oder dem Zustellungsbevollmächtigten des Wahlvorschlages mit dem Auftrag zur Verbesserung des Wahlvorschlages mitzuteilen. Eine Verbesserung des Wahlvorschlages ist innerhalb von zwei weiteren Arbeitstagen bei der oder dem

Vorsitzenden der Wahlkommission einzubringen. Nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge, die die Erfordernisse des § 5 Z 5 oder § 7 (1) nicht erfüllen.

(6) Sämtliche von der Wahlkommission zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahlen zum Senat einschließlich der Vorschläge für die Ersatzmitglieder sind im Hinblick auf die Einhaltung der Reihung von mindestens 50 vH Frauen an wählbarer Stelle gemäß § 20a Abs. 4 UG dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vorzulegen. Dieser hat binnen einer Woche zu entscheiden, ob der Wahlvorschlag § 20a Abs. 4 UG entspricht. Erhebt der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen keine Einreden der Mangelhaftigkeit der Wahlvorschläge gemäß § 42 Abs. 8d UG, gilt der auf Grund dieser Wahlvorschläge gewählte Senat jedenfalls als richtig zusammengesetzt (§ 20a (4) UG). Entscheidet der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen, dass nicht ausreichend Frauen auf dem Wahlvorschlag enthalten sind, hat er die Einrede der Mangelhaftigkeit des Wahlvorschlages an die Schiedskommission zu erheben. Die Einrede hat zu unterbleiben, wenn sachliche Gründe vorliegen. Entscheidet die Schiedskommission, dass die Einrede zu Recht erhoben wurde, hat die Wahlkommission den Wahlvorschlag an die wahlwerbende Gruppe zur Verbesserung zurückzuverweisen (§ 42 (8d) UG).

(7) Die zugelassenen Wahlvorschläge sind spätestens eine Woche vor der Wahl zur Einsicht aufzulegen.

(8) Die Wahlkommission hat unverzüglich amtliche Stimmzettel aufzulegen, in die alle zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Einlangens aufzunehmen sind. Bei gleichzeitigem Einlangen ist eine alphabetische Reihung der betreffenden Wahlvorschläge vorzunehmen.

§ 7a. Briefwahl

(1) Beschließt der Senat für eine Wahl zum Senat die Einführung der Briefwahl für eine oder für mehrere der in § 4 Abs. 1 Ziffer 1. – 3. genannten Personengruppen (§ 2 Abs. 2), hat die Wahlkommission unverzüglich alle notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, damit die Wahl zum Senat termingerecht sowohl durch die persönliche Stimmabgabe vor der Wahlkommission als auch in Form der Briefwahl durchgeführt werden kann.

(2) In die Wahlkundmachung sind zusätzlich zu den in § 5 angeführten Inhalten aufzunehmen:

1. Hinweis auf die alternative Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechts in Form der Briefwahl,
2. Frist für die Antragstellung an die Wahlkommission auf Zulassung zur Briefwahl,

3. Frist für die Ausübung des Stimmrechts in Form der Briefwahl und für das Einlangen der Wahlkarte bei der Wahlkommission per Post, persönliche Abgabe oder Überbringung durch eine Botin oder einen Boten; diese Frist ist so zu setzen, dass die Wahlkarten spätestens bis Ende der Öffnungszeiten des Wahllokals bei der Wahlkommission eintreffen.

(3) Jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigte kann wegen voraussichtlicher Abwesenheit von der Universität am Wahltag oder an den Wahltagen innerhalb der in der Wahlkundmachung angegebenen Frist schriftlich bei der Wahlkommission die Zulassung zur Briefwahl und die Ausstellung einer Wahlkarte beantragen. Die Wahlkommission hat über diesen Antrag innerhalb einer Woche zu entscheiden und im Fall der Zulassung die oder den Antragsteller schriftlich (einschließlich E-Mail oder Fax) zur persönlichen Abholung der Wahlunterlagen im Senatsbüro einzuladen. Der oder dem zur Briefwahl Zugelassenen sind nach dem Nachweis der Identität die zur Ausübung des Wahlrechts in Form der Briefwahl erforderlichen Unterlagen gegen Übernahmebestätigung auszufolgen. Den Wahlberechtigten, die einem externen Standort zugewiesen sind, können die erforderlichen Unterlagen auch per Post übermittelt werden. Im Wählerverzeichnis ist von der Wahlkommission die Ausstellung jeder Wahlkarte zu vermerken.

(4) Die für die Ausübung der Briefwahl erforderlichen Unterlagen bestehen aus:

1. der Wahlkarte in Form eines Kuverts, auf dem von der Wahlkommission Zu- und Vorname und die Kennzeichnung im Wählerverzeichnis zu vermerken sind;
2. dem amtlichen Stimmzettel, wie er auch bei der Stimmabgabe im Wahllokal verwendet wird;
3. einem unbedruckten Kuvert in derselben Farbe und Größe, wie es für die Stimmabgabe im Wahllokal für die betreffende Personengruppe verwendet wird;
4. einem mit der Adresse der Wahlkommission als Adressatin versehenen Kuvert zur Rücksendung der Wahlkarte samt Stimmkuvert und Stimmzettel;
5. einem Informationsblatt, mit dem der oder dem Wahlberechtigten der korrekte Wahlvorgang und die Rückübermittlung erläutert werden.

(5) Die Wahlberechtigte oder der Wahlberechtigte hat ihr oder sein Stimmrecht bis zu dem in der Wahlkundmachung angegebenen Endtermin auszuüben.

(6) Der amtliche Stimmzettel ist in das in Abs. 4 Z 3 genannte unbedruckte Kuvert zu legen. Das Kuvert mit dem Stimmzettel ist in die Wahlkarte (Abs. 4 Z 1) zu legen. Die oder der Wahlberechtigte hat die Wahlkarte zuzukleben und in das Rücksendungs-Kuvert (Abs. 4 Z 4) zu legen, dieses ebenfalls zuzukleben und per Post oder persönliche Abgabe oder durch Botin oder Boten fristgerecht der Wahlkommission zuzuleiten.

(7) Will eine zur Briefwahl zugelassene Person ihr Wahlrecht dennoch durch persönliche Stimmabgabe im Wahllokal ausüben, hat sie der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter gegenüber ihre Identität nachzuweisen, die in Abs. 4 Ziffer 1- 4 genannten Unterlagen zu übergeben und erhält erst dann die für die Stimmabgabe im Wahllokal notwendigen Unterlagen (Stimmzettel, Stimmkuvert). Die Rückgabe der Wahlkarte und die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal sind im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(8) Die Wahlkommissionen haben die eingelangten Rückkuverts zu öffnen, die Wahlkarten zu entnehmen sowie bei fristgerecht eingelangten Wahlkarten die Stimmabgabe per Wahlkarte im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(9) Alle rechtzeitig eingelangten Wahlkarten sind zu öffnen, die Stimmkuverts mit den Stimmzetteln sind vom jeweiligen Leiter oder von der jeweiligen Leiterin der Wahlkommission zu entnehmen und ungeöffnet in die Wahlurne zu legen. Die mittels Briefwahl abgegebenen Stimmen dürfen nur gemeinsam mit den in dem Wahllokal für dieselbe Personengruppe abgegebenen Stimmen ausgezählt werden. Die Wahlkarten sind bei den Wahlakten zu verwahren.

(10) Nicht fristgerecht eingelangte Wahlkarten sind im weiteren Auszählungsverfahren als nicht abgegebene Stimmen zu behandeln. Die in verspätet eingelangten Wahlkarten enthaltenen Stimmkuverts sind ungeöffnet zu vernichten, die nicht fristgerecht eingelangten Wahlkarten sind von den rechtzeitig eingelangten Wahlkarten getrennt bei den Wahlakten aufzubewahren.

§ 8. Durchführung der Wahl

(1) Kann die Wahl aufgrund der Prüfung des Wahlvorschlages zum vorgesehenen Termin nicht abgehalten werden, hat die Wahlkommission einen neuen Termin für die Wahl festzusetzen, der mindestens zwei Wochen vor dem neuen Wahltermin zu verlautbaren ist.

(2) Die oder der Vorsitzende der Wahlkommission oder ein von der Wahlkommission nominiertes Mitglied (Wahlleiterin oder Wahlleiter) hat für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl zu sorgen. Die von der Wahlkommission bestellte Protokollführerin oder der von der Wahlkommission bestellte Protokollführer hat über den Ablauf der Wahl eine Niederschrift zu führen. Die Niederschrift hat jedenfalls zu enthalten: Die Zahl der Wahlberechtigten, die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die Gesamtzahl der gültigen Stimmen, die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmen und Mandate sowie die Namen der gewählten Personen.

(3) Die Wahlen sind geheim durchzuführen. Die Wahl wird durch persönliche Abgabe des Stimmzettels am Wahlort vorgenommen. Die Wählerin oder der Wähler hat der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter ihre oder seine Stimmberechtigung nachzuweisen.

(4) Die Wählerin oder der Wähler kann ihre oder seine Stimme gültig nur für einen der zugelassenen Wahlvorschläge abgeben. Der Stimmzettel ist gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welchen Wahlvorschlag die Wählerin oder der Wähler wählen wollte.

§ 9. Ermittlung des Wahlergebnisses

(1) Unmittelbar nach Beendigung der für die Stimmabgabe gemäß § 5 Z 1 vorgesehenen Wahlzeit durch die Wahlleiterin oder den Wahlleiter hat diese oder dieser im Beisein der Protokollführerin oder des Protokollführers die Wahlurne zu öffnen, die Gültigkeit der Stimmzettel zu prüfen und nach Auszählung der Stimmen die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die Zahl der ungültigen Stimmen und die Zahl der für jeden zugelassenen Wahlvorschlag gültig abgegebenen Stimmen festzustellen. Die Stimmzettel sind danach der Wahlkommission zu übergeben.

(2) Die Wahlkommission führt die Wahl nach dem d'Hondtschen Wahlverfahren durch. Sie hat die Zahl der auf die zugelassenen Wahlvorschläge entfallenden Vertreterinnen und Vertreter mittels der Wahlzahl zu ermitteln. Die Wahlzahl ist wie folgt zu berechnen: Die Summen der für jeden Wahlvorschlag gültig abgegebenen Stimmen sind nach ihrer Größe geordnet nebeneinander zu schreiben; unter jede dieser Summen ist ihre Hälfte, unter diese ihr Drittel, Viertel und nach Bedarf auch ihr Fünftel, Sechstel usw. zu schreiben. Die Wahlzahl ist in Dezimalzahlen zu errechnen. Ist eine Vertreterin oder ein Vertreter zu wählen, so gilt als Wahlzahl die größte, sind zwei Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen, so gilt als Wahlzahl die zweitgrößte usw. der angeschriebenen Zahlen. Jedem Wahlvorschlag sind so viele Mandate zuzuteilen, als die Wahlzahl in der Summe der für ihn Veterinärmedizinische Universität Wien gültig abgegebenen Stimmen enthalten ist. Haben nach dieser Berechnungsmethode mehrere Wahlvorschläge den gleichen Anspruch auf ein Mandat, entscheidet das Los.

(3) Die auf den Wahlvorschlag entfallenden Mandate werden den im Wahlvorschlag angegebenen Wahlwerberinnen und Wahlwerbern in der Reihenfolge ihrer Nennung zugeteilt. Ersatzmitglieder sind jene Wahlwerberinnen und Wahlwerber, die der Wahlvorschlag als den gewählten Vertreterinnen und Vertretern direkt (ad personam) zugeordnete Ersatzmitglieder vorsieht.

(4) Wird nur ein Wahlvorschlag eingebracht, sind die auf dem Wahlvorschlag gereihten Wahlwerberinnen und Wahlwerber gewählt, wenn der Wahlvorschlag die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Die zu vergebenden Mandate sind den Wahlwerberinnen und Wahlwerbern entsprechend ihrer Reihung auf dem Wahlvorschlag zuzuteilen.

(5) Für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Universitätsdozentinnen und Universitätsdozenten sowie der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forschungs- und Lehrbetrieb ist bei der Verteilung der Mandate folgendermaßen vorzugehen:

1. Entfallen gemäß Abs. 2 die Mandate auf mehrere Wahlvorschläge, sind diese gemäß Absatz 3 den jeweils zuerst gereihten Wahlwerberinnen oder Wahlwerbern zuzuteilen. Befindet sich unter den gewählten Mitgliedern keine Person mit Lehrbefugnis (venia docendi), ist das letzte Mandat der Person mit Lehrbefugnis (venia docendi) zuzuteilen, die oder der in dem Wahlvorschlag, auf den das letzte Mandat fällt, an vorderster Stelle gereiht ist. Ersatzmitglied für eine Person mit Lehrbefugnis (venia docendi) ist das direkt (ad personam) zugeordnete Ersatzmitglied.

2. Entfallen gemäß Abs. 2 oder Abs. 4 alle Mandate auf einen Wahlvorschlag, sind die Mandate der erst-, zweit- etc. Wahlwerberinnen oder dem erst-, zweit- etc. Wahlwerber des Wahlvorschlages zuzuteilen. Befindet sich unter den gewählten Mitgliedern keine Person mit Lehrbefugnis (venia docendi), ist das letzte Mandat der an vorderster Stelle des Wahlvorschlages gereihten Person mit Lehrbefugnis (venia docendi) zuzuteilen.

(6) Die Wahlkommission hat das Wahlergebnis festzustellen und unverzüglich im Mitteilungsblatt der Universität zu verlautbaren.

§ 10. Erlöschen der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft zum Senat endet in folgenden Fällen:

1. durch begründeten Rücktritt;
2. durch Verlust der Zugehörigkeit zur betreffenden Personengruppe gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 bis 3;
3. durch Tod.

(2) Eine Rücktrittserklärung ist gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Senats abzugeben. Die oder der Vorsitzende des Senats hat die jeweilige Wahlkommission unverzüglich über ein Vorliegen eines Grundes nach Z 1 bis 3 zu informieren.

§ 11. Vertretung; Nachrücken von Ersatzmitgliedern

(1) Ein verhindertes Mitglied wird für die Dauer der Verhinderung durch das im Wahlvorschlag ad personam zugeordnete Ersatzmitglied vertreten. Ist im Wahlvorschlag kein ad personam zugeordnetes Ersatzmitglied ausgewiesen, haben die gewählten Mitglieder ihre Ersatzmitglieder zu Beginn der Funktionsperiode aus den Ersatzmitgliedern desselben Wahlvorschlages dem Vorsitzenden des Kollegialorgans bekannt zu geben. Im

Falle des Erlöschens der Mitgliedschaft einer gewählten Vertreterin oder eines gewählten Vertreters haben Ersatzmitglieder an deren oder dessen Stelle zu treten. Die Reihenfolge des Nachrückens der Ersatzmitglieder im Falle des Erlöschens der Mitgliedschaft erfolgt nach der Reihung auf dem Wahlvorschlag.

(2) Ist auf Grund vollständiger Erschöpfung eines Wahlvorschlags eine weitere Zuweisung von Mitgliedstellen unmöglich, sind die freien Mandate auf die verbleibenden Wahlvorschläge aufzuteilen; die für die Verteilung der Mandate geltenden Vorschriften sind sinngemäß anzuwenden.

§ 12. Funktionsperiode; Konstituierung des neuen Senats

(1) Die Funktionsperiode des Senats beträgt drei Jahre und beginnt mit dem 1. Oktober des betreffenden Jahres.

(2) Die Konstituierung kann schon vor Beginn der neuen Funktionsperiode erfolgen.

(3) Kommt eine Personengruppe der Verpflichtung zur Wahl oder Entsendung nicht rechtzeitig nach, hat der Universitätsrat dieser Personengruppe eine einmalige Nachfrist zur Nachholung der Wahl oder Entsendung zu setzen. Verstreicht diese Frist ergebnislos, gilt der Senat auch ohne Vertreterinnen oder Vertreter dieser Personengruppe als gesetzmäßig zusammengesetzt. In diesen Fällen kann der Senat zur Konstituierung zusammentreten, nachdem die Wahl oder Entsendung nachgeholt bzw. die Nachfrist ergebnislos verstrichen ist.

§ 13. Entsendung von Mitgliedern in Unterkommissionen des Senats

Die Entsendung von Vertretern – mit Ausnahme der Studierenden – in vom Senat gemäß § 25 (7) Universitätsgesetz 2002 eingesetzten Kommissionen erfolgt durch Versammlungen der Vertreter der jeweiligen Personengruppe im Kollegialorgan. Die Vertreter der Studierenden werden von der gesetzlichen Vertretung der Studierenden entsendet. Die Mitglieder einer Kommission müssen nicht Mitglieder des entsendenden Kollegialorgans sein.